

#Schöntal20



Schöntaler Erklärung

**Innovationsoffensive Zukunft
Deutschland**

**Klausurtagung der Funktions- und Mandatsträger
der CDU Baden-Württemberg**

24./25. Januar 2020, Kloster Schöntal

Innovation schafft Wohlstand. Der Süden Deutschlands ist dabei Taktgeber. Es zeichnet Baden-Württemberg und Bayern aus, dass hier geforscht und erfunden wird. Allein im Jahr 2018 sind in diesen beiden Ländern fast zwei Drittel (63,2 Prozent) aller Patente in Deutschland angemeldet worden. Sechs von elf Exzellenzuniversitäten sind im Süden der Republik.

Wir müssen diese Spitzenposition durch kontinuierliche Anstrengungen und mit Weitblick ausbauen. Wir tun dies **lösungsorientiert, offen und zupackend**. Ideologische Scheuklappen, enges Denken und bequemes Zurücklehnen ist die Haltung anderer. Die mutigen Entscheidungen von heute sind die Grundlagen des Wohlstands von morgen.

Wir hätten es begrüßt, wenn wir unsere Exzellenz, unseren Forscherdrang und unsere Wissenschaftscluster von Weltrang bei der Batterie von morgen federführend im Rahmen eines nationalen Standorts Forschungsfertigung Batteriezelle hätten zur Verfügung stellen und federführend hätten daran mitarbeiten können, die Batterie von morgen zu erfinden. Die Region Ulm/Neu-Ulm/Ellwangen hat herausragende, ja die besten Voraussetzungen, als nationaler Standort für eine **Forschungsfertigung Batteriezelle** loszulegen. Umso entschlossener gehen wir als CDU und CSU den Weg in diesem Zukunftsfeld gemeinsam weiter und haben die Batterie-Allianz ins Leben gerufen. Diese werden wir – auch mit hohem finanziellem Engagement – mit Leben füllen. Es gilt die Losung: Wer heute forscht, sichert die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze von morgen. Das Wettrennen um die effizienteste Speicherung von elektrischer Energie hat eine weitreichende Bedeutung für die Wirtschaft, für Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Dieses Wettrennen wollen wir mit Technologieoffenheit gewinnen. Die effiziente und ressourcenschonende Batterie ist dabei eine von mehreren Schlüsseltechnologien der Zukunft.

Ein wesentlicher Beitrag zur Förderung von Innovation ist die auskömmliche finanzielle Ausstattung unserer Hochschulen. Deshalb hat die CDU mit ihrer Spitzenkandidatin Dr. Susanne Eisenmann bei den Haushaltsverhandlungen zum Doppelhaushalt 2020/2021 **deutliche Verbesserungen für die Hochschulen im Land** durchgesetzt und für eine weitere Erhöhung der Mittel von insgesamt 200 Millionen Euro für den Hochschulfinanzierungsvertrag von 2021 bis 2025 auf dann 120 Millionen Euro gesorgt. Dabei werden die Hochschulen in Baden-Württemberg ab 2021 auch von den Mitteln profitieren können, die von Bund und Ländern über den Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken“ – als Nachfolge des Hochschulpakts 2020 – zur Verfügung gestellt werden. Um über 2025 hinaus den Hochschulen im Land ein klares Zeichen der Verlässlichkeit und der Unterstützung zu geben, begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich den Vorschlag unserer Spitzenkandidatin, eine neue Hochschulstrukturkommission einzusetzen. Es muss wieder klar sein, welche Beträge die Hochschulen für Pflichtaufgaben wie Personal-, Gebäude- und Energiekosten benötigen und mit welchem zusätzlichen Geld wir die Innovationskraft der Hochschulen stärken. Nur so kann der Abbau von Professuren verhindert und die Exzellenz in Lehre und Forschung langfristig gewährleistet werden.

Zudem bekennt sich die CDU Baden-Württemberg zur Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft. So ist die Akquise von Drittmitteln ein essenzielles Standbein der Hochschulfinanzierung. Gleichzeitig muss der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und

Wirtschaft weiter gefördert werden, damit die Ergebnisse der Forschung einen möglichst großen Nutzen für die Gesellschaft haben.

Überdies lebt Wissenschaft von offenem Diskurs. Innovation und Fortschritt können nur einem Klima des freien Gedankenaustausches entspringen. Darum müssen Wissenschafts- und Meinungsfreiheit an Hochschulen unbedingt verteidigt werden. Die CDU Baden-Württemberg verurteilt daher jede Form von Extremismus, welcher auf die Beschneidung dieser Grundwerte abzielt.

Die beste Voraussetzung für Innovationsfähigkeit in Baden-Württemberg ist beste Bildung: So wie die Berufs- und Arbeitswelt durch Industrie 4.0 und Digitalisierung einer einschneidenden Veränderung gegenübersteht, wird sich auch der Bereich von Schule und Bildung für Innovation und Digitalisierung verändern (müssen).

Für uns endet die Digitalisierung nicht mit der Einführung von Whiteboards anstelle der Kreidetafel, die Bereiche z.B. von Virtual Reality oder Digitales Lernen in und außerhalb der Schule sind absehbar feste Bestandteile der zukünftigen Realitäten im Bereich der Bildung und der Schulen. Wir möchten sicherstellen, dass Digitalisierung und Innovation für unsere Schüler in Baden-Württemberg zu einer Chance und keinem Hindernis werden. Für diese und weitere Herausforderungen werden wir die Schulen und den Bereich der Bildung in Baden-Württemberg bestmöglich aufstellen. Steigerung von schulischen Voraussetzungen von Forscherdrang der Schülerinnen und Schüler – weit über den Bereich „Jugend forscht“ oder „Jugend gründet“ hinaus – ist für Innovation wichtig. Mit dem Doppelhaushalt 2020/2021 und 13 Mrd. € für Schule und Bildung haben wir deutlich gemacht, dass dieser Bereich für die CDU Baden-Württemberg oberste Priorität hat. Wir werden nicht nur hohe Investitionen in Beton, sondern in technische Gerätschaften mit gleichzeitiger permanenter Aus- und Weiterbildung des entsprechenden Lehrpersonals an den Schulen sicherstellen.

Hierzu werden wir zur Landtagswahl ein konkretes Programm erarbeiten, um notwendige Schritte hin zu einer Bildungslandschaft, die unsere Schüler auf die Arbeitswelt der Industrie 4.0 bestmöglich vorbereitet, aufzuzeigen.

Hier bei uns im Süden Deutschlands schlägt das **Herz der deutschen Automobilindustrie**. Hier sitzen Weltmarktführer, mittelständische Hightech-Zulieferer und Familienbetriebe, die weltweit agieren. Ein ökonomisches Ökosystem, das wir durch eine unternehmens- und innovationsfreundliche Politik antreiben und nicht durch Verbote stilllegen wollen. Manche scheinen vergessen zu haben, dass der Klimawandel durch technologischen Fortschritt – nicht nur durch Verbote – wirksam bekämpft werden kann. Es muss also um das Ermöglichen und nicht um das Verboten gehen.

Die Automobilbranche steht in einer entscheidenden Phase. Es geht darum, den Wandel im Mobilitätsbereich nicht nur mitzugehen, sondern an vorderster Stelle zu gestalten. Das autonome Fahren, saubere Verbrenner – ausdrücklich auch der Diesel – und alternative Antriebsformen wie massentaugliche Elektromobilität, die Brennstoffzelle oder synthetische Kraftstoffe bieten dabei riesige Entwicklungspotenziale, die wir seitens der Politik nicht vorgeben, sondern **technologieoffen fördern** sollten. Ideologische Scheuklappen würgen jedoch jeden technologieoffenen Ansatz ab. Nach Auffassung des

Karlsruher Institut für Technologie (KIT, Exzellenzuniversität für Klima und Nachhaltigkeit) wird auch in 20 Jahren noch die Hälfte der Fahrzeuge mit dem klassischen Verbrennungsmotor fahren. Die Weiterentwicklung des Motors wird über den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen erfolgen. China investiert mittlerweile auch vermehrt in diesem Bereich. Bereits jetzt ist es Forschern am KIT gelungen, eine kompakte Anlage in der Größe eines Schiffscontainers zur Erzeugung von E-Fuel, die mit Ökostrom arbeitet und alle Produktionsschritte zusammenfasst, in den Einsatz zu bringen. Das vom Bund geförderte Kopernikusprojekt soll in zehn Jahren zur Marktreife gebracht werden. Diese Forschung wollen wir weiter fördern.

Darüber hinaus müssen wir die Erforschung und die **Massenfertigung synthetischer Kraftstoffe** viel stärker forcieren. Baden-Württemberg muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Mehr als 40 Prozent des CO₂-Ausstoßes der Industrie in unserem Land entsteht bei der Zementherstellung. Wir wollen diese CO₂-Emissionen nicht einfach verbieten, sondern unsere technologischen Möglichkeiten nutzen und mithilfe erneuerbarer Energien diese CO₂-Emissionen der Zementindustrie für die Herstellung von CO₂-neutralen, synthetischen Kraftstoffen, sogenannten reFuels, verwerten und somit nicht in die Atmosphäre ausstoßen. Wir wollen damit auch ein klares Signal geben: synthetische Kraftstoffe haben Potenzial für die Mobilität der Zukunft. Auf dem Weg zu einer klimafreundlichen Mobilität gilt es, alle Möglichkeiten zu nutzen. Die Verfügbarkeit reiner synthetischer Kraftstoffe, sogenannter E-Fuels, an Tankstellen ist dabei eine Option, die schnellstmöglich umgesetzt werden muss. Auch bei der Entwicklung und Nutzung von fortschrittlichen Biokraftstoffen sehen wir Potential. Dadurch kann der fossile Anteil im Kraftstoff verringert werden. Hier wollen wir vor allem die Erzeugung von Bioenergie aus Abfall- und Reststoffen nutzen.

Wenn wir uns mit der Frage der künftigen Mobilität befassen und die Technologieoffenheit einfordern, reicht es auch nicht, die notwendige Tankstelleninfrastruktur nur auf Elektroantrieb auszulegen. In Deutschland gibt es rund 14.500 herkömmliche Tankstellen und rund 16.700 Elektro-Ladesäulen. Wasserstofftankstellen gibt es deren 76 – bis zum Jahr 2021 sollen es 130 sein. Das ist zu ambitionslos und für einen fairen Wettbewerb der Antriebsarten eine klare Benachteiligung der Brennstoffzelle. Deshalb wollen wir den massiven Ausbau der **Wasserstoffladeinfrastruktur** in Form eines flächendeckenden Netzes von mindestens 1.000 Tankstellen. Baden-Württemberg sollte dabei eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir wollen in jeder Stadt über 30.000 Einwohner bis 31.12.2022 mindestens eine Wasserstofftanksäule installiert haben.

Mit Blick auf die Infrastruktur der künftigen Mobilität – besonders für die Realisierung des autonomen Fahrens – bekennen wir uns klar zum **flächendeckenden Aufbau eines 5G-Netzes**. Genauso klar ist für uns aber auch, dass dies nur unter Wahrung unserer vollständigen digitalen Souveränität geschehen kann. Unseren Beitrag für eine leistungsfähige digitale Infrastruktur leisten wir im Land: Statt schlappen 73 Millionen Euro in fünf Jahren Grün-Rot machen wir mit einer milliardenschweren Breitbandoffensive Tempo auf dem Weg ins Gigabit-Zeitalter!

Für all das brauchen wir aber auch einen echten Bewusstseinswandel. Vieles aus dem Bereich der Robotik und der Künstlichen Intelligenz beispielsweise ist in seiner technischen Funktion nur Spezialisten zugänglich. 760.000 offene Stellen in der europäischen Digitalwirtschaft erwartet die EU-Kommission für das Jahr 2020. Es wird daher auch darauf ankommen, die Menschen in die Lage zu versetzen, zwischen realen Möglichkeiten der Technologie und Science-Fiction zu unterscheiden. Gerade für unsere beiden Länder ist es entscheidend, dass die Wertschöpfung neuer Technologien und Innovationen nicht nur in urbanen Zentren, sondern auch in den ländlichen Räumen zum Tragen kommt. Die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ der Bundesregierung hat sich unter anderem auch den Fragen von Wirtschaft und Innovation angenommen. **„Vorfahrt für Innovation“ muss daher als Leitprinzip Eingang in den baden-württembergischen Landesentwicklungsplan finden.** Für uns muss gelten: Vorfahrt für Spitzentechnologie in allen Bereichen. Die bereits erfolgreich arbeitenden „digital hubs“ können hierfür den Nukleus bilden und entsprechend erweitert werden.

Der digitale Fortschritt bietet große Chancen für ein nachhaltigeres Wirtschaften durch Vernetzung und gesteigerte Effizienz. Gerade heute, wo wir die Folgen eines Wirtschaftens und Produzierens sehen, das der Nachhaltigkeit zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat, müssen wir die Chancen für mehr Nachhaltigkeit intensiver nutzen. Wo der digitale Fortschritt allein aber nicht ausreicht für eine echte, nachhaltige Entwicklung, bietet der bioökonomische Fortschritt unter Nutzung von Materialien und Prinzipien der Natur die notwendige Ergänzung. Erst in dieser komplementären Kombination von digitalem und bioökonomischem Fortschritt wird eine Brücke zwischen Wissenschaft und nachhaltiger Wirtschaft geschlagen. Wir sehen es daher als notwendig an, die Bioökonomie stärker voranzubringen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die aktuell veröffentlichte Nationale Bioökonomiestrategie der Bundesregierung ausdrücklich. Baden-Württemberg selbst hat hierzu im Juni 2019 die Landesstrategie „Nachhaltige Bioökonomie für Baden-Württemberg“ vorgestellt und unterstützt mit der Landesgesellschaft BIOPRO den Aufbau der Bioökonomie im Land, Bayern bringt das Thema mit dem Sachverständigenrat Bioökonomie Bayern voran. Gemeinsam werben wir für einen **Deutschlandfonds Bioökonomie**, der die Ziele der Nationalen Bioökonomiestrategie mit finanziellen Mitteln hinterlegt. Sehr gezielt wollen wir dabei auch Forst- und Landwirtschaft einbinden.

Innovative Produkte und Verfahren aus der chemischen Industrie sind Teil der Lösung großer gesellschaftlicher Herausforderungen wie Gesundheitsversorgung, demografischer Wandel, Ernährung, Mobilität, Klimaschutz und Ressourcenschonung. Die Produkte der Chemie tragen zur Energieeffizienz bei, indem sie Produkte leichter und klimaschonender machen. So kann der Weg zur Treibhausgasneutralität bis 2050 erreicht werden.

Heute werden hierzulande fast 40 Prozent weniger IT-Unternehmen gegründet als zur Jahrtausendwende. Es fehlt an Wagniskapital, damit eine Idee auch die Chance bekommen kann, in die Tat umgesetzt zu werden und einen Markt zu erobern. Gleichzeitig sind die Menschen händeringend auf der Suche nach sicheren Anlageformen. Derzeit haben wir de facto Nullzinsen oder gar Negativzinsen für Guthaben. Solche „Strafzinsen“ lehnen wir für private Anleger klar ab. Wer bereit ist, etwas auf die Seite zu legen, darf dafür nicht bestraft werden. Eine **festverzinsten Innovationsanleihe des Bundes** könnte hier als Stellschraube

an beiden Punkten gleichzeitig ansetzen. Sparer können dadurch sicher ihr Geld anlegen, Startups und Betriebsübernehmer bekommen das nötige Wagniskapital: eine klassische win-win-Situation. Zudem plädieren wir für eine rechtsformunabhängige Senkung der Besteuerung von Unternehmen auf 25 Prozent und für deutlich größere Anstrengungen – besonders mit Blick auf Handwerk und den Mittelstand – beim Bürokratieabbau.

Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen ist mit einem Strukturwandel verbunden, bei dem neue Arbeitsplätze entstehen und andere wegfallen werden. Deswegen brauchen wir eine langfristig ausgerichtete Industriepolitik, die den Rahmen dafür schafft, dass in Deutschland auch mit einer decarbonisierten Wirtschaft Produkte hergestellt werden, die international nachgefragt werden. Dazu gehört eine Arbeitsmarkt- und Qualifizierungspolitik, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue Beschäftigungsperspektiven eröffnet. Ein Transformations-Kurzarbeitergeld, das für eine bestimmte Übergangszeit bezahlt wird, kann helfen, Unternehmen und Beschäftigte bei der Transformation der Wirtschaft zu unterstützen. Dabei geht es darum, Beschäftigten, deren Arbeitsplatz wegfallen soll, Kurzarbeitergeld während einer Umschulung zu zahlen ohne dass sie gekündigt werden.

Die Herausforderungen, die insbesondere die hohe Dynamik der Innovation im Bereich der Künstlichen Intelligenz mit sich bringen, stellen die politischen Entscheidungsprozesse vor die Aufgabe, **genauso schnell handlungsfähig zu sein wie diese Innovationssprünge ablaufen**. Nur dann kann es der Politik gelingen, die Rahmenbedingungen entsprechend anzupassen, um aus diesen Innovationen auch Wertschöpfung und Arbeitsplätze werden zu lassen. Eine neueste Studie des Verbands der Internetwirtschaft (eco) und der Unternehmensberatung Arthur D. Little hält ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von über 13 Prozent (rund 488 Milliarden Euro) bis 2025 (im Vergleich zu 2019) für realistisch, sollte in deutschen Unternehmen KI flächendeckend eingesetzt werden.

Die Digitalisierung durchzieht alle Lebensbereiche und damit auch alle Politikfelder. Baden-Württemberg ist im Jahr 2016 vorangegangen und hat unter Federführung der CDU als erstes Land die Koordinierung der vielfältigen Aufgaben in einem Digitalisierungsministerium zusammengeführt und eine ressortübergreifende Digitalisierungsstrategie erarbeitet, die Schwerpunkte setzt, Stärken stärkt und Kompetenzen bündelt. Gleichzeitig haben wir in einer nie dagewesenen Breitbandoffensive in dieser Legislaturperiode über eine Milliarde Euro für den Breitbandausbau in den Kommunen mobilisiert. Damit konnten wir erhebliche Fortschritte in der Verfügbarkeit des schnellen Internets in der Fläche des Landes erreichen. Hierzu war es von großem Vorteil, dass Kommunales und Digitales in einem Haus abgebildet sind und dass wir im Einvernehmen mit dem Bund eine erhebliche Vereinfachung der Förderkriterien und eine bessere Abstimmung der Förderprogramme erreichen konnten. Diese erfolgreiche Arbeit wollen wir fortsetzen und noch weiter intensivieren: Deshalb wollen wir die nächste Regierungsbildung auch dazu nutzen, um die Digitalisierung und ihre Dynamik noch weiter zu stärken, Entscheidungskompetenzen weiter auszubauen und gemeinsam mit dem Themenbündel Innovation auch im Ressortzuschnitt neu zusammenzuführen. Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir das digitale Rathaus für unsere Bürgerinnen und Bürger verfügbar machen, d.h. eGovernment für alle wichtigen Anträge bereitstellen.